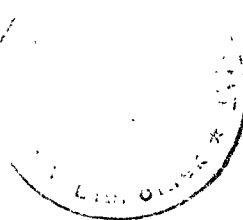


**STATISTISCHES
BUNDESAMT
WIESBADEN**

Wirtschaftskalender

3. Vierteljahr 1965



VERLAG: W. KOHLHAMMER GMBH, STUTTGART UND MAINZ

I n h a l t

	Seite
1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse im 3. Vierteljahr 1965	3
2. Klimadaten und vorherrschende Witterung	15
3. Zahl der Kalender-, Werk-, Sonn- und Feiertage	15

Erschienen im Dezember 1965

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet

Preis: DM -,50

1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse
im 3. Vierteljahr 1965

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
1	1. Juli	<p align="center">Juli</p> <p>Arbeitszeitverkürzung für gewerbliche Arbeitnehmer und Angestellte auf 40 Wochenstunden in der Schuhindustrie im Bundesgebiet;</p> <p>auf 42 1/2 Wochenstunden im Einzelhandel in Hessen, Rheinhessen und in der Pfalz;</p> <p>auf 43 Wochenstunden im Einzelhandel in Nordrhein-Westfalen und im Saarland</p>	<p>Arbeitszeit</p> <p>Produktion</p> <p>Produktionskosten</p> <p>Löhne und Gehälter</p>
2		Nach Beendigung der ergebnislos gebliebenen Verhandlungen im Ministerrat der EWG auf der Tagung vom 28. bis 30. Juni über die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik ab. 1. Juli 1965 von französischer Regierung am 1. Juli beschlossen, an den Sitzungen der EWG bis auf weiteres nicht mehr teilzunehmen.	
3		<p>Durch das Zweite Vermögensbildungsgesetz vom 1. Juli 1965, rückwirkend in Kraft ab 1. April 1965, u.a. folgende Änderungen der bisherigen Rechtslage eingetreten:</p> <p>Der steuerlich und sozialversicherungsrechtlich begünstigte Höchstbetrag von 312 DM je Arbeitnehmer und Jahr steuerfrei (bisher 8 % Lohnsteuerpauschale), bei Arbeitnehmern mit Anspruch auf Kinderfreibetrag für drei oder mehr Kinder auf 468 DM erhöht.</p> <p>Auch in Tarifverträgen Vereinbarungen über vermögenswirksame Leistungen des Arbeitgebers zulässig.</p> <p>Öffentlicher Dienst in den Geltungsbereich des Gesetzes einbezogen.</p> <p>Für Arbeitgeber mit nicht mehr als 50 Beschäftigten Anrechnung von 30 % der Summe der vermögenswirksamen Leistungen, höchstens 800 DM je Jahr, auf die Steuerschuld bei Einkommen- oder Körperschaftsteuer</p>	<p>Produktionskosten</p> <p>Lohnnebenkosten</p> <p>Geld und Kredit</p> <p>Steuern</p>
4		In weiteren 47 Stadt- und Landkreisen Wohnraumbewirtschaftung aufgehoben.	<p>Mieten</p> <p>Wohngeld</p>
5		<p>Die Schwellenpreise von Getreide und Getreiderzeugnissen für die Monate Juli 1965 bis Juni 1966 festgelegt; gegenüber dem Vorjahr gesenkt für Weich- und Hartweizen um 3,50 DM, für Roggen um 2,50 DM je 100 kg, erhöht für Mehl um 7 bis 8 DM, für Hartweizengrieß um 3 DM je 100 kg.</p> <p>(Inkrafttreten der Zweiten Durchführungsverordnung Getreide 1965 vom 24. Juni 1965).</p>	<p>Abschöpfungen</p> <p>Außenhandel</p>

1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse
im 3. Vierteljahr 1965

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
6	noch 1. Juli	Von Deutscher Bundespost zuschlagfreie Luftbeförderung von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefen, Postkarten, Postanweisungen, Nachnahmepostanweisungen, Wertbriefen, Wertkästchen, Auszahlungsscheinen und Rückscheinen nach dem gesamten europäischen Ausland aufgenommen.	Verkehr
7		Jugoslawische Währung abgewertet; 1 US-\$ = 1000 Dinar, bisher 750. Am 24. Juli nochmals abgewertet; 1 US-\$ = 1 250 Dinar	Währungen
8	9. Juli	Inkrafttreten der Verordnungen Nr.100 bis 107/65/ EWG der Kommission vom 7. Juli 1965 zur Festsetzung der Referenzpreise von Pflaumen, Pfirsichen, im Freien angebauten Tomaten und von Kirschen für den Zeitraum bis 30. April 1966, von im Freien angebauten Tafeltrauben, von Birnen, Äpfeln und Zitronen für den Zeitraum bis 30. Juni 1966	Abschöpfungen Preise Außenhandel
9	13. Juli	Vom Bundesverfassungsgericht Vorschrift des § 17,1 des Gewerbesteuergesetzes über die Zweigstellensteuer (bis auf das 1,3fache erhöhter Hebesatz zur Gewerbesteuer) für überörtliche Zweigstellen von Wareneinzelhandelsunternehmen für nichtig erklärt	Gemeindefinanzen
10	14. Juli	Zwei deutsch-tunesische Abkommen über projektgebundene Kapitalhilfe in Höhe von zusammen 60 Mill. DM sowie Abkommen über technische Hilfe unterzeichnet	Staatsausgaben Zahlungsbilanz Außenhandel
11	15. Juli	Sonderzuwendung an Bundesbeamte, Richter im Bundesdienst, Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit sowie an Empfänger von Versorgungsbezügen gesetzlich geregelt. Grundbetrag ein Drittel der Monatsbezüge für Dezember, Sonderbetrag 20 DM je kinderschlagberechtigendes Kind, zahlbar mit den laufenden Bezügen für Monat Dezember. (Gesetz über die Gewährung einer jährlichen Sonderzuwendung vom 15. Juli 1965, in Kraft mit Wirkung vom 1. Dezember 1964)	Staatsausgaben Einkommen
12		Die jährliche Deckungsminderung bei Bundesgarantien für private Kapitalanlagen in Entwicklungsländern grundsätzlich abgeschafft, Garantieentgelt unabhängig von der Garantiefrist einheitlich auf jährlich 0,8 % des Garantiebetrages festgesetzt. Die von den zuständigen Bundesministerien beschlossene Neuregelung vom Interministeriellen Ausschuss für Kapitalexporth-Garantien mit Wirkung vom 15. Juli 1965 in Kraft gesetzt	Staatsausgaben Zahlungsbilanz Außenhandel

1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse
im 3. Vierteljahr 1965

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
13	20. Juli	Deutsch-britisches Devisenausgleichsabkommen vom 29. Juni 1965 mit Unterzeichnung eines Protokolls in Kraft getreten. Verlängerung des geltenden Abkommens über den Ausgleich des Devisenaufwandes der in Deutschland stationierten britischen Truppen um ein weiteres Jahr bis 31. März 1967; ein Zahlungsvolumen auf Grund besonderer Lieferungen von etwa 600 Mill. DM in Aussicht genommen	Zahlungsbilanz Einfuhr
14	24. Juli	Inkrafttreten des Gesetzes über Hilfsmaßnahmen für Deutsche aus der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und dem sowjetisch besetzten Sektor von Berlin vom 15. Juli 1965. Die 1961 eingeführte Einrichtungshilfe zur Beschaffung von Möbeln und Hausrat für nicht als politische Flüchtlinge anerkannte Deutsche aus der SBZ nunmehr gesetzlich geregelt und wesentlich verbessert. Für ehemals selbständige Erwerbspersonen Beihilfe zum Lebensunterhalt eingeführt, ferner als Kannleistung Gewährung von Eingliederungsdarlehen an alle Deutschen aus der SBZ zur Begründung oder Festigung einer selbständigen Existenz in der gewerblichen Wirtschaft, in freien Berufen und in der Landwirtschaft ermöglicht. Vom Bund aufzubringen Beihilfe zum Lebensunterhalt in vollem Umfang, Einrichtungshilfe und Eingliederungsdarlehen zu 80 %; Rest von den Ländern zu tragen	Staatsausgaben
15	26. Juli	Beginn des Sommerschlußverkaufs (Ende 7. August)	Großhandel Einzelhandel
16		Die Inselgruppe der Malediven, bisher britisches Protektorat, unabhängig als Republik Malediven	Außenhandel
17	28. Juli	Vom Bundesministerium für Wirtschaft auf Beschluß des Bundeskabinetts vorübergehender Genehmigungstopps für Emission von Inhaberschuldverschreibungen verfügt	Geld und Kredit
18		Zur Erleichterung der Lage im Steinkohlenbergbau von Bundesregierung im Einvernehmen mit der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen Maßnahmen zur Schaffung zusätzlicher Lagerungsmöglichkeiten beschlossen. Bundesbürgschaft für Kredite zum Ankauf von 4 Mill. t dezentral in Deutschland zu lagernder Kohle durch die Notgemeinschaft des deutschen Steinkohlenbergbaus. Übernahme der Lagerhaltungskosten in Höhe von 160 Mill. DM in den Jahren 1966 bis 1969 zu zwei Dritteln durch den Bund und zu einem Drittel durch das Land Nordrhein-Westfalen	Staatsausgaben

1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse
im 3. Vierteljahr 1965

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
19	Juli	Nach Mitte Juli ausgedehnte Überschwemmungen in Teilen des östlichen westfälischen Tieflandes, Nordhessens und in angrenzenden Gebieten Niedersachsens	Landwirtschaft Staatsausgaben
20	9. August	August Der Stadtstaat Singapur aus der seit 1963 bestehenden Föderation von Malaysia ausgetreten, nunmehr unabhängiger Staat	Außenhandel
21	12. August	Verwendung von Steinkohle in Kraftwerken durch Steuererleichterungen gefördert. Bei den Steuern vom Einkommen steuerfreie Rücklage eines Teiles der Kosten neu errichteter mit Kohle betriebener Kraftwerke; erfolgsneutrale Auflösung der Rücklage nach 10 Wirtschaftsjahren. Entsprechende Vergünstigungen bei Vermögensteuer und Gewerbesteuer. In die Förderung einbezogen Erweiterung mit Kohle betriebener Kraftwerke sowie Umstellung von Kraftwerken auf Kohlebetrieb. (Gesetz zur Förderung der Verwendung von Steinkohle in Kraftwerken vom 12. August 1965)	Steuern Energiewirtschaft
22	13. August	Deutsche Bundesbank erhöht mit Wirkung vom 13. August 1965 Diskontsatz von 3 1/2 % auf 4 %, Lombardsatz von 4 1/2 % auf 5 %, Abgabesätze für Geldmarktpapiere um 3/4 %, für Titel mit einer Laufzeit von 1 1/2 und 2 Jahren um 5/8 %, setzt die im März 1965 beschlossene und ab Oktober 1965 vorgesehene Kürzung der Rediskontkontingente der Kreditinstitute bis auf weiteres in halber Höhe aus	Geld und Kredit

1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse
im 3. Vierteljahr 1965

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
23	noch 13. August	<p>Durch das Gesetz zur Änderung des Bewertungsgesetzes vom 13. August 1965 Grundlage für die allgemeine Neubewertung des Grundbesitzes im Bundesgebiet geschaffen.</p> <p>Neue Hauptfeststellung der noch auf den Wertverhältnissen vom 1. Januar 1935 beruhenden Einheitswerte des Grundbesitzes (land- und forstwirtschaftliches Vermögen, Grundvermögen, Betriebsgrundstücke) auf den 1. Januar 1964 vorgeesehen.</p> <p>Zeitpunkt, von dem an die geänderten Einheitswerte der Besteuerung zugrundezulegen sind, durch spätere Gesetze zu bestimmen, ebenso die Senkung der Steuermeßzahlen der Betriebe der Land- und Forstwirtschaft und der bebauten Grundstücke.</p> <p>Nach der durch den Krieg eingetretenen Unterbrechung der Folge nunmehr Wiederaufnahme der Hauptfeststellungen in Abständen von 6 Jahren bestimmt</p>	Steuern
24		<p>Altershilfe für Landwirte verbessert.</p> <p>Das monatliche Altersgeld für verheiratete Berechtigte von 100 DM auf 150 DM, für unverheiratete Berechtigte von 65 DM auf 100 DM erhöht.</p> <p>Die mitarbeitenden Familienangehörigen in die Altershilfe einbezogen: Für über 50 Jahre alte Angehörige Anwartschaft auf halbes Altersgeld durch halbe Beiträge vorgesehen.</p> <p>Finanzierung von Hilfsmaßnahmen in Fällen gefährdeter oder verminderter Erwerbsfähigkeit des Landwirtes oder der Landfrau.</p> <p>Deckung der Mehraufwendungen hauptsächlich durch Erhöhung des Bundeszuschusses. Beitragssatz ab 1. Januar 1966 von 12 DM auf 16 DM monatlich erhöht.</p> <p>(Drittes Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes über eine Altershilfe für Landwirte. Vom 13. August 1965. In Kraft mit Wirkung vom 1. Mai 1965)</p>	Landwirtschaft Öffentliche Sozialleistungen Staatsausgaben
25	15. August	<p>Mit Einführung ermäßigter Postgebühren im Verkehr mit Italien ab 15. August 1965 Inlandgebühren für Briefe bis 20 g, Postkarten und Postkarten mit Antwortkarte nunmehr im Verkehr mit allen Ländern der EWG angewendet</p>	Verkehrspreise

1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse
im 3. Vierteljahr 1965

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
26	21. August	Inkrafttreten des Gesetzes zur Durchführung von Richtlinien der EWG über die Niederlassungsfreiheit und den freien Dienstleistungsverkehr. Vom 13. August 1965. Auf juristische Personen mit Sitz, Hauptverwaltung oder Hauptniederlassung innerhalb der Gemeinschaft keine Anwendung des § 12 der Gewerbeordnung, wonach ausländischen juristischen Personen der Betrieb eines Gewerbes im Inland nur mit Genehmigung der für die Wirtschaft zuständigen obersten Landesbehörde möglich ist	Unternehmen
27	29. August	Höchstsätze für Habenzinsen vom Bundesaufsichtsamtsamt für das Kreditwesen mit Wirkung vom 1. Oktober 1965 erhöht, und zwar für Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist um $1/4$ % auf $3 \frac{3}{4}$ %, mit vereinbarter Kündigungsfrist von 12 Monaten und mehr um $1/2$ % auf 5 %, für Termineinlagen um $1/2$ %, bei Kündigungsfristen oder Laufzeiten von 6 Monaten und mehr um $3/4$ % auf $2 \frac{1}{2}$ % bis $4 \frac{3}{4}$ %. Unverändert Höchstsatz von $3/8$ % für Sichteinlagen. Weiterhin ohne Zinsbindung Einlagen mit vereinbarten Kündigungsfristen oder Laufzeiten von $2 \frac{1}{2}$ Jahren und mehr	Geld und Kredit
28	31. August	Mit Wirkung vom 1. Juli 1965 einige Besoldungs- und Vergütungsgruppen in die nächsthöhere Tarifklasse des Ortszuschlages eingereiht. Altersgrenze für Gewährung von Kinderzuschlag mit Wirkung vom 1. Juli 1965 vom vollendeten 25. auf das vollendete 27. Lebensjahr heraufgesetzt. (Viertes Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften. Vom 31. August 1965). (13. Tarifvertrag zur Änderung und Ergänzung des BAT vom 23. Juni 1965)	Staatsausgaben Einkommen

1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse
im 3. Vierteljahr 1965

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
29	noch 31. August	Gewährung von Darlehen aus Bundeshaushaltsmitteln, bisher nur für Instandsetzung von Altbauwohnungen, nun auch für deren Modernisierung. Die Höchstbeträge der Darlehen erhöht. Die Höchstbeträge der verbilligungsfähigen Darlehen aus dem Kapitalmarkt dieser Erhöhung angeglichen, beschränkt auf Gebiete mit noch nicht aufgehobener Wohnraumbewirtschaftung. (Zwei Richtlinien des Bundesministers für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung in der Fassung vom 31. August 1965)	Staatsausgaben Wohnungen
30	August	Von den sog. Notstandsgesetzen im August verkündet: Gesetz über das Zivilschutzkorps vom 12. August 1965, in Kraft am 18. August 1965; Gesetz über die Sicherstellung von Leistungen auf dem Gebiet der gewerblichen Wirtschaft sowie des Geld- und Kapitalverkehrs (Wirtschaftssicherstellungsgesetz) vom 24. August 1965, in Kraft am 1. Juli 1965; Gesetz zur Sicherstellung des Verkehrs (Verkehrssicherstellungsgesetz) vom 24. August 1965, in Kraft am 28. August 1965; Gesetz über die Sicherstellung der Versorgung mit Erzeugnissen der Ernährungs- und Landwirtschaft sowie der Forst- und Holzwirtschaft (Ernährungssicherstellungsgesetz) vom 24. August 1965, in Kraft am 28. August 1965; im September verkündet: Gesetz über die Sicherstellung von Leistungen auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft für Zwecke der Verteidigung (Wassersicherstellungsgesetz) vom 24. August 1965, in Kraft am 16. September 1965; Gesetz über den Selbstschutz der Zivilbevölkerung (Selbstschutzgesetz) vom 9. September 1965, in Kraft am 1. Januar 1966; Gesetz über bauliche Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung (Schutzbaugesetz) vom 9. September 1965, in Kraft am 1. Juli 1966, ein Teil der Vorschriften am 16. September 1965	

1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse
im 3. Vierteljahr 1965

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	mögliche Auswirkungen i folgenden Sachgebieten
31	1. Sept.	<p>September</p> <p>Im graphischen Gewerbe im Bundesgebiet Ecklöhne mit Wirkung vom 1. September 1965 um 7,1 % erhöht.</p> <p>Wegfall der Ortsklassen ab 1. Januar 1966; zusätzliches Urlaubsgeld in Höhe von 14 % des vereinbarten Arbeitsentgelts ab 1. Januar 1966, von 22 % ab 1. Januar 1967, von 30 % ab 1. Januar 1968</p>	Löhne Produktionskosten
32		<p>Versicherungspflichtgrenze in der sozialen Krankenversicherung mit Wirkung vom 1. September 1965 von 660 DM auf 900 DM des der Bemessung zugrundeliegenden Monatseinkommens erhöht. (Gesetz zur Änderung des Mutterschutzgesetzes und der Reichsversicherungsordnung. Vom 24. August 1965)</p>	Sozialversicherung Produktionskosten Staatsausgaben
33		<p>Inkrafttreten des Gesetzes zur verstärkten Eigentumsbildung im Wohnungsbau und zur Sicherung der Zweckbestimmung von Sozialwohnungen (Wohnungsbauänderungsgesetz 1965) vom 24. August 1965.</p> <p>Zweites Wohnungsbaugesetz geändert. U.a. Bestimmungen über begünstigten Personenkreis und Rangfolge der öffentlichen Förderung, Kaufeigenheime, Kaufpreis, Verkaufsverpflichtung bei Ein- und Zweifamilienhäusern, Erhöhung der Familienzusatzdarlehen.</p> <p>Die zur Sicherung der Zweckbestimmung von Sozialwohnungen als "Wohnungsbindungsgesetz 1965" zusammengefaßten Vorschriften betreffen u.a. Wohnberechtigung, Kostenmiete, Beginn und Ende der Eigenschaft "öffentlich gefördert"</p>	Wohnungsbau Staatsausgaben
34	3. Sept.	<p>Gewährung der Übergangshilfe für die Altölraffination (22,90 DM je 100 kg) bis Ende 1966 verlängert; ausgenommen zum Heizen bestimmte aufgearbeitete Altöle.</p> <p>(Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Umstellung der Abgaben auf Mineralöl. Vom 3. September 1965)</p>	Staatsausgaben
35		<p>Versteuertem Motorenbenzin hinzugefügte bestimmte Zusatzstoffe rückwirkend ab 1. Januar 1965 nicht der Mineralölsteuer unterliegend, wenn hergestelltes Gemisch höchstens 3 Vol-% der Zusatzstoffe enthält. Befristet bis 31. Dezember 1966.</p> <p>(Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Umstellung der Abgaben auf Mineralöl. Vom 3. September 1965)</p>	Steuern

1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse
im 3. Vierteljahr 1965

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
36	4. Sept.	Drittes Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 31. August 1965 verkündet. Inkrafttreten der meisten Bestimmungen am 1. Januar 1966. Versorgungsfragen, darunter die Begrenzung der Doppelversorgung aus Ruhegehalt und Rente geregelt	Einkommen Staatsausgaben
37	9. Sept.	Im Gesetz zur Förderung der Eingliederung der deutschen Landwirtschaft in den Gemeinsamen Markt (EWG-Anpassungsgesetz) vom 9. September 1965, in Kraft tretend am 1. Januar 1966, bis zum Ende der Übergangszeit (31. Dezember 1969) vorgesehen: a) Anpassungshilfen in Höhe von 1 030 Mill. DM je Jahr zusätzlich zu den Mitteln des "Grünen Plans", b) jährlich in den Entwurf des Bundeshaushaltsplans einzusetzende Leistungen für den Ausgleich der durch die Preisfestsetzungen für Getreide sich ergebenden Einkommensminderung der Landwirtschaft. Verwendung der Anpassungshilfen vor allem für verstärkte Förderung der Maßnahmen zur Verbesserung der Agrar- und Betriebsstruktur sowie der Marktstruktur. Jährliche Feststellung der Einkommensminderung infolge der Preisfestsetzungen für Getreide durch Ergänzung des "Grünen Berichts"	Staatsausgaben Landwirtschaft
38		Inkrafttreten des 18. Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes vom 3. September 1965. Verbesserung der Leistungen um ein Ausgabenvolumen von etwa 2,9 Mrd. DM hauptsächlich für: Erhöhung der Unterhaltshilfe ab 1. Juni 1965, Verbesserung der Entschädigungsrente durch Erhöhung der Einkommenshöchstgrenze ab 1. Juni 1965, Beschränkung der Anrechnung der Unterhaltshilfe auf die Hauptentschädigung, Ausweitung des Personenkreises der Unterhaltshilfe-Berechtigten auf Angehörige geschädigter, aus der sowjetischen Besatzungszone in das Bundesgebiet zugezogener Vertriebener durch Erweiterung der Ausnahmen von der Stichtagsregelung, Ausdehnung der Verzinsung der Hauptentschädigung bei deren Erfüllung durch Schuldverschreibungen, Schuldbuchforderungen und Spareinlagen auf den Zeitraum von Anfang 1953 bis Ende 1962. Bei den Ausgleichsabgaben Verlängerung der Ende 1965 auslaufenden Geltungsdauer für Vergünstigungen bis zum Ablauf des fünften Jahres nach	Staatsausgaben Einkommen

1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse
im 3. Vierteljahr 1965

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
noch 38	noch 9. Sept.	Wegfall der Hinderungsgründe für den Wiederaufbau; unbefristetes Weitergelten der Wiederaufbaubegünstigungen für in Berlin (West) gelegene Grundstücke	
39		Durch das am 1. Januar 1966 in Kraft tretende Gesetz über Mindestvorräte an Erdölerzeugnissen vom 9. September 1965 Importeure und Raffinerien zur Vorratshaltung einer bestimmten Mindestmenge von Erdölerzeugnissen verpflichtet	Energiewirtschaft
40	11. Sept.	<p>Aktiengesetz vom 6. September 1965 und Einführungsgesetz zum Aktiengesetz vom 6. September 1965 verkündet. Inkrafttreten beider Gesetze am 1. Januar 1966.</p> <p>Anschließend an die 1959 vorausgegangene sog. kleine Aktienrechtsreform (Gesetz über die Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln und über die Gewinn- und Verlustrechnung vom 23. Dezember 1959) das bisherige auf das Aktiengesetz vom 30. Januar 1937 gegründete Aktienrecht den gewandelten gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Auffassungen angepaßt, insbesondere die Rechte der Aktionäre wieder gestärkt.</p> <p>Von besonderer Bedeutung unter den zahlreichen Neuerungen sind</p> <p>die Bewertungsvorschriften für den Jahresabschluß, erstmals anzuwenden auf das nach dem 31. Dezember 1966 beginnende Geschäftsjahr,</p> <p>Mitteilungspflicht der Unternehmen, die Eigentümer von mehr als 25 % des Grundkapitals einer Aktiengesellschaft oder Kommanditgesellschaft auf Aktien sind,</p> <p>das geschlossene System konzernrechtlicher Vorschriften vor allem im Interesse der Gläubiger und außenstehenden Aktionäre.</p> <p>Im Einführungsgesetz zum Aktiengesetz u.a. Bestimmungen über die Anwendung aktienrechtlicher Vorschriften auf Unternehmen mit anderen Rechtsformen</p>	Geld und Kredit Bilanzen der Unternehmen
41	12. Sept.	Vom USA-Kongreß Verlängerung der mit Wirkung vom 18. Juli 1963 eingeführten Zinsausgleichsteuer bis Ende Juli 1967 beschlossen	Geld und Kredit Zahlungsbilanz
42	13. Sept.	Argentinischer Peso abgewertet. 1 US-Dollar = 178 Peso, bisher 171	Währungen

1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse
im 3. Vierteljahr 1965

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
43	14. Sept.	Durch das Zweite Gesetz zur Änderung des Bundesentschädigungsgesetzes (BEG-Schlußgesetz) vom 14. September 1965 Gesamtbetrag der geleisteten und noch zu leistenden Wiedergutmachung an Verfolgte um 4,5 Mrd. DM auf 45,15 Mrd. DM erhöht. Außer materiellen Verbesserungen des Leistungsrechts (Renten u.a.) Bildung eines Härtefonds in Höhe von 1,2 Mrd. DM zugunsten bisher nicht anspruchsberechtigter überregionaler Verfolgtengruppen (nach dem 1. Oktober 1953 aus Ost- und Südosteuropa Ausgewanderte)	Staatsausgaben
44		Drei Regierungsabkommen zwischen dem Bund und den Ländern Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen und Nordrhein-Westfalen über den Ausbau des nordwestdeutschen Wasserstraßennetzes unterzeichnet. Programm der in den nächsten 20 Jahren durchzuführenden Arbeiten. Gesamtkosten etwa 3 Mrd. DM, davon zwei Drittel vom Bund aufzubringen	Staatsausgaben Verkehr
45	15. Sept.	Durch das am 1. Januar 1966 in Kraft tretende Gesetz zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vom 15. September 1965 Kooperation auch für mittelständische Unternehmen erleichtert. Die wichtigsten Änderungen: Spezialisierungskartelle künftig im Widerspruchsverfahren zugelassen, unter Voraussetzungen auch in Verbindung mit Preis- und Vertriebsabsprachen (Syndikate), Mißbrauchsaufsicht über Preisbindungen der zweiten Hand verschärft, über marktbeherrschende Unternehmen erweitert, Anzeigepflicht bei Zusammenschluß von Unternehmen bei Vorliegen bestimmter Mindestgrößen (entweder Beschäftigtenzahl oder Umsatz oder Bilanzsumme) auch dann gegeben, wenn Marktanteil geringer als 20 %	Produktion Produktionskosten Preise
46		Für die Einkommensbesteuerung nichtbuchführungspflichtiger Landwirte als Zeitpunkt der Anwendung der nach dem Gesetz vom 13. August 1965 festzustellenden Einheitswerte der Beginn des auf den 31. Dezember 1967 folgenden Wirtschaftsjahres bestimmt, für die Übergangszeit (Wirtschaftsjahre 1965/66, 1966/67, 1967/68) Grundbeträge sowie Wert der Arbeitsleistung des Betriebsinhabers und seiner Angehörigen unmittelbar festgesetzt, Freibetrag eingeführt, befristet bis 1972, Buchführungspflichtgrenze von 9 000 DM auf 12 000 DM Einkommen heraufgesetzt,	Steuern Landwirtschaft

1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse
im Vierteljahr 1965

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	mögliche Auswirkungen i folgenden Sachgebieten
noch 46	noch 15. Sept.	die Verordnung vom 2. Juni 1949 über die Besteuerung nach Durchschnittssätzen aufgehoben. (Gesetz über die Ermittlung des Gewinns aus Land- und Forstwirtschaft nach Durchschnittssätzen vom 15. September 1965)	
47		Entlastung des Bergbaues um rd. 100 Mill. DM jährlich durch Übernahme von zwei Fünfteln der Entschädigungslasten der Bergbauberufsgenossenschaft aus nach dem 31. Dezember 1952 entstandenen Rentenfällen durch den Bund. Mehrbelastung des Bundeshaushalts zum Teil kompensiert durch Wegfall der Verpflichtung des Bundes, die Rücklage der knappschaftlichen Rentenversicherung um rd. 40 Mill. DM jährlich zu erhöhen	Staatsausgaben Produktionskosten
48	17. Sept.	Das am 17. Oktober 1964 paraphierte, im wesentlichen die Dividendenbesteuerung regelnde Revisionsprotokoll zum deutsch-amerikanischen Doppelbesteuerungsabkommen unterzeichnet. Inkrafttreten am 1. Januar des Jahres der Ratifizierung	Zahlungsbilanz Steuern
49	19. Sept.	Wahl zum fünften Deutschen Bundestag	
50	22. Sept.	Für zollermäßigte Einfuhr von Gefrierfleisch von Rindern aus dritten Ländern Kontingente für den Zeitraum vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1965 durch Entscheidung des Rates der EWG vom 22. September 1965 festgesetzt	Zölle Einfuhr Preise
51	28. Sept.	Verlängerung der am 23. Oktober 1965 auslaufenden Allgemeinen Kreditvereinbarungen des Internationalen Währungsfonds, durch die dem IWF seit 24. Oktober 1962 zusätzlich 6 Mrd. US-Dollar von 10 Hauptindustrieländern, darunter von Bundesrepublik Deutschland 1 Mrd. US-Dollar, bereitgestellt sind, um 4 Jahre. Keine Änderung der einzelnen Kreditzusagen; Überprüfung vor Oktober 1968 vorgesehen	Zahlungsbilanz Geld und Kredit

2. Klimadaten und vorherrschende Witterung

Monat	Abweichung der mittleren Lufttemperatur in °C vom langjährigen Mittel	Niederschlags- menge	Sonnenschein- dauer	Vorherrschende Witterung
		in % der langjährigen Durchschnitte		
Juli	-3,1 bis -2,0 ¹⁾	125 bis 250 ²⁾	55 bis 85	Überwiegend zu naß und, abgesehen von wenigen hoch- sommerlich warmen Tagen kurz vor Monatsmitte, zu kalt
August	-2,5 bis -1,3 ³⁾	55 bis 115 ⁴⁾	90 bis 110 ⁵⁾	Zu kalt mit Ausnahme eini- ger Tage in der ersten und gegen Ende der zweiten De- kade; größtenteils zu trok- ken
September	-1,7 bis -0,8 ⁶⁾	80 bis 180 ⁷⁾	70 bis 100	Zu kalt, im Süden, Süd- westen und gebietsweise im Norden zu naß. Fast ununterbrochene Schön- wetterperiode von Monats- mitte bis 26. September

- 1) Süden -2,4° bis -1,2°C.
2) Süden 90 % bis 180 %, Ost- und Südostbayern 65% bis 100 %.
3) Süden und Südwesten -2,1° bis -1,0°C.
4) Schleswig-Holstein und Küstengebiet 45 % bis 75 %, Süddeutschland 35 % bis 90 %, jedoch vereinzelt bis 170 %.
5) Norden 100 % bis 120 %.
6) Norden und Nordwesten -1,2° bis -0,2°C, Südwesten -2,2° bis -1,2°C.
7) Nordwesten und Teile des mittleren Bundesgebietes 40 % bis 80 %, Schleswig-Holstein 120 % bis 190 %.

3. Zahl der Kalender-, Werk-, Sonn- und Feiertage

Monat	Kalendertage	Werktage		Sonn- und Feiertage
		insgesamt	darunter Sonnabende ¹⁾	
Juli	31	27	5	4
August	31	26	4	5
September	30	26	4	4
3. Viertelj. 1965	92	79	13	13

- 1) Sonnabende zu den Werktagen gerechnet, obwohl infolge der 5-Tage-Woche am Wochenende vielfach nicht gearbeitet wird.